

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/140

26. Juli 1976

Reformer oder Beharrender?

-----  
Gedanken zum Tode von Julius Kardinal Döpfner

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Bundesjustizminister, Präsidiumsmitglied der SPD  
und SPD-Landesvorsitzender Bayern

Seite 1 und 2 / 51 Zeilen

Die CDU dokumentierte ihre Kümmerlichkeit

-----  
Fazit der Sauchlandung der Kohl-Partei in Berlin

Von Dr. Wolfgang Haas  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus  
von Berlin

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Entsetzen über Grenz-Brutalität

-----  
Entspannung und Schießbefehl sind nicht zu vereinbaren

Seite 5 / 23 Zeilen

Dhrfeigen für den Lehrer-Präsidenten

-----  
Bayerns CSU-Regierung torpediert CSU-gebilligtes  
Reformgesetz

Von Anton Hochleitner MdL  
Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses des  
bayerischen Landtags

Seite 6 und 7 / 60 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 18, Heussallee 2-10  
Postfach: 100 406  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 60 37 - 38  
Telex: 06 36 946 - 48 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Köfner Straße 100-112, Telefon: 37 66 11

Reformer oder Beharrender ?

Gedanken zum Tode von Julius Kardinal Döpfner

Von Dr. Hans Jochen Vogel MdB  
Bundesjustizminister, Präsidiumsmitglied  
der SPD und SPD-Landesvorsitzender Bayern

Der plötzliche Tod von Julius Kardinal Döpfner hat auch unter den deutschen Sozialdemokraten Bestürzung und Betroffenheit ausgelöst. Gewiß war der Kardinal in erster Linie ein Mann seiner Kirche. Aber er hat in dieser Eigenschaft über den kirchlichen Raum hinaus die Entwicklung unseres Landes beeinflußt und geprägt. Das galt schon für den Würzburger Bischof, mehr noch für den Bischof von Berlin, erst recht aber für den Kardinal und Erzbischof von München und Freising. Als Bischof und Kardinal war Döpfner ein Exponent der Kräfte und Strömungen, die zum Zweiten Vatikanum führten. Er war einer der Moderatoren, die das Ergebnis des Konzils wesentlich mitbestimmten. Und er war in der Folgezeit - insbesondere auch als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz - eine zentrale Figur der vom Zweiten Vatikanum ausgehenden Erneuerung und der mit ihr verbundenen Hinwendung der Kirche zu den konkreten gesellschaftlichen Problemen unserer Gegenwart.

Aus dieser Grundhaltung heraus hat Kardinal Döpfner vor allem in den sechziger Jahren das Gespräch mit der deutschen Sozialdemokratie geführt und die Politik und die programmatische Entwicklung der SPD mit Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt. Die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen Kirche und SPD im Sinne des Godesberger Programms hat er dabei kritisch begleitet und gefördert und in wesentlichen Punkten gut geheißen. Weitere Berührungen und Übereinstimmungen ergaben sich in dem Bemühen um eine Versöhnung mit Polen, in dem Streben nach einem sozialeren Bodenrecht sowie

in den Anstrengungen zur Festigung der Demokratie und zur Verbesserung der Lebensqualität der breiten Schichten unseres Volkes.

Natürlich gab es auch Meinungsunterschiede und Gegensätze; so etwa in der Frage der Reform des Paragraphen 218 und in einzelnen Punkten der Ehrechterreform. Das soll auch angesichts des Todes nicht verschwiegen werden. Aber Kardinal Döpfner war in solchen Auseinandersetzungen bei aller Festigkeit und Entschiedenheit stets ein Mann, der den späteren Ausgleich, das erneute aufeinander Zugehen, den abermaligen Brückenschlag nicht unmöglich machte, sondern offen hielt. Und er war stets auch Seelsorger und Priester, nicht nur Kirchenführer- und Kirchenpolitiker. Seine männliche Frömmigkeit bewahrte ihn vor Vordringlichkeit und Routine.

Spätere Zeiten werden darüber entscheiden, ob Kardinal Döpfner mehr ein Reformierender oder mehr ein Beharrender war. In den letzten Jahren hatte es den Anschein, als wende er sich mehr den Kräften des Beharrens zu. Aber denen, die das glauben, möge es ein Grund zum Nachdenken sein, daß ihn die letzte Reise seines Lebens nach Südafrika führte, daß er dort dem Unrecht der Rassentrennung widersprach und zu einer baldigen friedlichen Überwindung dieses Unrechts mahnte. Und manche, die ihn näher kannten, wußten, was an seinen Kräften zehrte und was ständiger Gegenstand seiner Gedanken war: Die Sorge nämlich, daß die Erneuerung der Kirche und der Prozeß der friedlichen Fortentwicklung der Gesellschaft zunehmend auf Schranken und Hindernisse stoßen und in Polarisierung und Verhärtung, in Isolierung und einen Immobilismus neuer Art umschlagen könnte.

Der Tod des Kardinals hinterläßt eine Lücke, die nur allmählich zu schließen sein wird. Sein Lebenswerk und seine Persönlichkeit aber werden über den Tag hinaus fortwirken und immer aufs Neue zur Besinnung und zur Auseinandersetzung herausfordern. Auch und gerade die deutschen Sozialdemokraten.

(-/26.7.1976/mie/e)

+ + +

Die CDU dokumentierte ihre Kümmerlichkeit

Fazit der Bauchlandung der Kohl-Partei in Berlin

Von Dr. Wolfgang Haus

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Das von allen sachkundigen Beobachtern allgemein erwartete eindeutige Vertrauensvotum des Abgeordnetenhauses von Berlin für den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz hat erneut die Geschlossenheit des Regierungsbündnisses von Freien Demokraten und Sozialdemokraten deutlich gemacht. Der von der CDU-Opposition im Abgeordnetenhaus vorgegebene Anlaß, die Flucht der vier Terroristinnen aus der Frauenhaftanstalt (erfreulicherweise konnte eine der Terroristinnen inzwischen wieder gefaßt werden), ist sehr ernst und wird von niemanden beschönigt. Nach dem ersten Zwischenergebnissen der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen übernahm Justizsenator Hermann Oxford (FDP) die politische Verantwortung für die Schlapereien, die in der Frauenhaftanstalt zu Tage getreten sind. Trotz dieses Rücktritts müssen die Vorkommnisse und Verfehlungen der Haftanstalt und in der Justizverwaltung rückhaltlos aufgeklärt werden.

Diesen bestürzenden Ausbruch in Berlin hat die CDU parteipolitisch für den Bundestagswahlkampf umzumünzen versucht, während der sozialliberale Senat alles unternahm, um der Ausbrecher wieder habhaft zu werden und jede Wiederholung eines solchen Vorganges unmöglich zu machen. Um die Erörterung sachlicher Fragen ging es der CDU-Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus in diesen Tagen nicht. Obwohl sie zunächst mit aller Lautstärke den Rücktritt des zuständigen Justizsenators Oxford gefordert hatte, war sie dann anscheinend am meisten vom erfolgten Rücktritt überrascht.

Die vom amtierenden Landes- und Fraktionsvorsitzenden der CDU danach angekündigte Denkpause wurde jäh unterbrochen von der Anweisung aus den

Wahlkampfzentralen in München und Bonn, nunmehr das Mißtrauensvotum gegen den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz zu beantragen. Großspurig kündigte die CDU dabei eine Generalabrechnung mit der Koalition an, die sie aber schuldig blieb. Sie erging sich in Verbalinjurien, Überzog völlig und wiederholte Passagen alter Reden voller leerer Angriffe. Sie blieb in ihrer gesamten Argumentation weit hinter allen Erwartungen selbst der Regierungskoalition zurück.

Die Flucht der Anarchistinnen ist ein schwerwiegender Vorgang. Daß ein Niedersachsen-Effekt aber, mit dem die Opposition heftlich rechnete, nicht eintritt, dürfte seine positive Ausstrahlung auch auf die bundespolitische Szene haben. Denn über eines mußte man sich von Anfang an klar sein: Geschlagen wurde Klaus Schütz, gemeint war die sozialliberale Koalition in Berlin und getroffen werden sollte die sozialliberale Koalition in Bonn. Dieser Versuch ist jämmerlich fehl geschlagen. Es bleibt dabei: Die CDU ist, ganz besonders in Berlin, überhaupt keine Alternative. Sie bietet auch keine personellen Alternativen; im Gegenteil, ihre führenden Funktionäre streben nach Bonn. Und sachlich bietet sie keine konkreten Vorschläge und ist programmatisch überhaupt nicht existent. Über diese Schwäche können auch ihre Sprachtricks und Kraftausdrücke nicht hinwegtäuschen. Ihre Aussagen sind seltsam leer und mager.

Von dem Tag, an dem einmal an der Spree die heute so skandalöse partielle Unterstützung der CDU durch eine Reihe von Springer-Zeitungen aufgehört haben, wird, von dem Tag an wird das kümmerliche der CDU-Politik wieder ganz einfach und peinlich zu sehen sein. Und diese Zeit der offenen Zurückführung der CDU auf sich selbst wird früher oder später kommen. Die Fraktion der SPD wird nach diesem Abstimmungserfolg sich nicht ausruhen, sondern mit aller Kraft fortfahren, das Vertrauen der Überwiegenden Mehrzahl der Berliner Bevölkerung zu gewinnen und wieder stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin zu werden.

(-25.7.1976/mie/e)

+ + +

Entsetzen über Grenz-Brutalität

Entspannung und Schießbefehl sind nicht zu vereinbaren

Die Brutalität, mit der die DDR durch ihre Grenzsoldaten sogenannte Grenzverletzungen ahnden läßt, kann nur noch Entsetzen auslösen. Diese Feststellung soll derartige Unternehmungen, ob sie nun durch Unachtsamkeit oder gar durch Leichtfertigkeit ausgelöst werden, nicht entschuldigen. Man wird möglicherweise daran denken müssen, daß man die Warnungen an die Bundesbürger vor solchen Ausflügen intensiviert und mit noch größerem Nachdruck als bisher auf mögliche Folgen hinweist.

Diese Folgen aber sind es, die jetzt erneut in aller ihrer Schaußlichkeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und damit zunächst allein zur Debatte stehen. Wenn es der Weltmeinung schon noch nicht möglich sein sollte, die DDR-Machthaber dazu zu bringen, daß sie im Zeitalter der KSZE-Entspannung, der sie sich durch ihre Unterschrift ja doch auch und so feierlich verpflichtet haben, dieses mittelalterliche Horrormonster ihrer Grenzverlauf-Todesfallen aus eigenem Antrieb endlich beseitigen und damit zu den in Mitteleuropa üblichen und zivilisierten Grenzsäncen übergehen, dann wird Ostberlin mit größter Entschiedenheit mit der Wirklichkeit der weltweiten Empörung konfrontiert werden müssen.

Entspannung und die Bemühungen um Entspannung, von der die Gewißheit der Aufrechterhaltung und Sicherung des Friedens abhängt, sind mit Schußbefehl und Todeschußautomaten nicht zu vereinbaren. Die DDR hat allen gebotenen Anlaß, um ihr Image und um ihr Ansehen sehr besorgt zu sein. Daran ändern die Medaillen von Montreal überhaupt nichts.

(e/26.7.1976/bgy/e)

+ + +

Dhrfeigen für den Lehrer-Präsidenten

**Bayerns CSU-Regierung torpediert CSU-gebilligtes Reformgesetz**

Von Anton Hochleitner MdL

Vorsitzender des kulturpolitischen Ausschusses des Bayerischen Landtags

Daß die CSU und die von ihr getragene Staatsregierung Bayerns Wahlversprechungen nicht hält, auch wenn sie in bunten Broschüren aufgemacht weit untere Wahlvolk gestreut wurden, wundert seit den Landtagewahlen von 1974 und den seither vergangenen Jahren und Monaten in Bayern eigentlich niemanden mehr.

Daß aber selbst ein Gesetz, das gerade noch vor dem Wahltermin mit den Stimmen der CSU verabschiedet wurde, nunmehr von der christlich-sozialen Staatsregierung verzögert, mindestens verüßert, wahrscheinlich aber sogar in ihrem entscheidenden Kern nicht vollzogen werden soll, das erregt auch in Bayern noch Aufsehen. Es geht um das bayerische Lehrerbildungsgesetz. Wirklich gewollt hatten es von Anfang an eigentlich nur der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) und die SPD. Der BLLV - neben den pädagogischen Gründen -, weil es dem Emanzipationsbestreben der Volksschullehrer entsprach und die Gleichberechtigung mit den Philologen auch im finanziellen Bereich näherzubringen versprach. Die SPD, weil die Aufhebung der getrennten und unterschiedlichen Ausbildung von Volksschul-, Realschul- und Gymnasiallehrern zugunsten einer Ausbildung nach Altersstufen (Primärstufe, Sekundarstufe I und II) nicht nur eine verbesserte pädagogische bzw. fachwissenschaftliche Ausbildung zu bringen versprach, sondern auch die Voraussetzung für die von der SPD angestrebte Einführung der integrierten Gesamtschule darstellte.

Nachdem die SPD von dieser Zielsetzung in der politischen Auseinandersetzung kein Hehl machte, fiel der CSU die Zustimmung immer schwerer. Daß sie schließlich doch - bei einigen Gegenstimmen bzw. Enthaltungen - erfolgte, ist auf das unverhohlene Wirken des BLLV-Präsidenten Dr. h. c. Wilhelm Ebert mit dem "Wahlpfahl" zurückzuführen. Davon wurden schließlich auch die Proteste des Philologenverbandes niedergewalzt, der durch den Stufenlehrer

die Sonderstellung der Philologen gegenüber den anderen Lehrerkategorien gefährdet sah.

Die Rechnung der CSU ging auf: Der gefürchtete BLLV-Präsident bedankte sich im Umfeld des Wahlkampfes durch artige Lobreden auf die CSU und ihre führenden Persönlichkeiten. Aber nun sieht es allerdings so aus, als ob die CSU ihrerseits die Rechnung des BLLV nicht mehr zu begleichen gedenkt. Die Philologen-Lobby - im Ministerium durch eine schlagkräftige Abteilung vertreten - gewinnt offenbar immer stärker das Ohr des Bayerischen Kultusministers. Daß dabei auch eine Rolle spielen könnte, daß der Kultusminister Prof. Dr. Hans Maier einige nicht gerade zimperliche Attacken des BLLV-Präsidenten noch nicht vergessen hat, und daß die bisherige BLLV-Stütze, Finanzminister Dr. Ludwig Huber, aus dem rauhen politischen Geschäft auszuscheiden gedenkt, um in die vornehmere und ruhigere Chefetage einer bayerischen Großbank Überzuwechseln, ist dabei nicht von der Hand zu weisen.

Das ganze wurde deutlich bei einem von der SPD erzwungenen Bericht des Kultusministers vor dem Landtageauschuß für kulturpolitische Fragen. Dabei jammerte Kultusminister Maier plötzlich über große räumliche Schwierigkeiten und kündigte für den Zeitpunkt nach der Sommerpause Gespräche darüber an, ob und gegebenenfalls wie das Lehrerbildungsgesetz zum vorgesehenen Termin in Kraft treten könne.

Eine Verschiebung - darüber ist sich in den politischen Kreisen Bayerns und auch beim BLLV jedermann im Klaren - bedeutet den Tod dieses für einen Landtag mit absoluter CSU-Mehrheit überraschend fortschrittlichen Gesetzes. Aber es gibt auch diffizilere Methoden, um die ungeliebten Auswirkungen des Gesetzes zu beseitigen, ohne dadurch direkt das Odium des Wortbruches auf sich zu laden. Unter der Hand werden bereits alle möglichen Vorschläge gehandelt, wie das neue Lehrerbildungsgesetz in seinem Kern unterlaufen werden kann. So z. B. die konsequente auch örtliche Trennung der Ausbildung von Primärstufen und S I Lehrern von den S II Lehrern, den bisherigen Philologen.

Wird der BLLV, wird sein streitharter Präsident diese Ohrfeige auch nur in der vorsichtigeren Form des Unterlaufens des Lehrerbildungsgesetzes hinnehmen? Wenn ja, hätte er sich als Papiertiger erwiesen, war der brüllende Löwe der bayerischen Kulturpolitik von der CSU handzahn gemacht worden.

(-/26.7.1976/mie/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Eckert